

Das Leitbild einer demokratischen und sozialen Hochschule

Wolf Jürgen Röder
Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung

Tagung „Leitbild trifft Praxis“

04. / 05. November

Ruhr Universität Bochum

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Hochschulen – so wird häufig geäußert – stehen zur Zeit vor den größten Veränderungen der letzten Jahrzehnte.

Manche meinen sogar - seit Humboldts Zeiten.

Das halte ich schon für etwas übertrieben – zumindest ist es unhistorisch, weil wichtige Einschnitte wie z.B. die Rolle der Hochschulen im Faschismus oder die Veränderungsdynamik der Bildungsreform am Ende der sechziger Jahre dabei ausblendet werden.

Die Studierenden spitzen ihre Kritik an den Studienbedingungen gerne als Kritik am sog. Bologna – Prozess zu.

„Bologna“ wird damit zum Synonym der misslungenen Veränderung insgesamt. Das mag politisch opportun erscheinen, einer sorgfältigen Analyse hilft es aus meiner Sicht nicht.

Die Gewerkschaften gehen mit diesen Prozessen differenzierter um. Sie sehen eben auch die historischen Zusammenhänge.

Bezogen auf Bologna sehen sie die berechtigte Kritik gerade an der mangelhaften Einführung der neuen Studiengänge und der mangelhaften Beteiligung zu Beginn und während des Prozesses.

Die Studierenden wurden und werden bei ihren Protesten von den Gewerkschaften auch darin unterstützt, wenn sie auf die mangelnde Studierbarkeit der neuen Studienprogramme, auf die Prüfungsdichte, auf die kaum noch vorhandene Mobilität und erst Recht auf mangelnde berufliche Perspektiven nach dem Studium aufmerksam machen.

Aber die Gewerkschaften lehnen gleichzeitig die konservative Position des Deutschen Hochschullehrerverbandes ab, der am liebsten das Rad der Geschichte weit zurück drehen und den Prozess der europäischen Angleichung abschaffen möchte.

Trotz aller Widersprüche halten die Gewerkschaften am Ziel eines europäischen Bildungsraums fest.

Sie sehen auch wesentliche Elemente durchaus positiv

- wie das Studienziel der beruflichen Qualifizierung,
- wie die Orientierung auf Lern- anstelle von Lehrprozessen
- wie das Prinzip der externen Qualitätssicherung.

Aber „Bologna“ ist nur einer von mehreren Prozessen:

Deshalb möchte ich mindestens vier weitere wirkungsmächtige Prozesse nennen, die damit im Zusammenhang stehen:

- Aufgrund politischer Entscheidungen nimmt die Unterfinanzierung an Hochschulen zu, während durch die Exzellenz - Initiative wenige Hochschulen deutlich profitieren können.
- Über die Hochschulgesetze einer Reihe von Bundesländern werden neue Steuerungsmodelle eingeführt und dabei häufig die Selbst- und Mitbestimmungsrechte in Hochschulen eingeschränkt.
- Die Privatisierung im Hochschulbereich nimmt zu, sei es über die zunehmende Zahl von Stiftungslehrstühlen, sei es die ebenfalls steigende Zahl von privaten Hochschulen.
- Die aufgrund der föderalen Struktur wachsende Zersplitterung in der Bildungspolitik, während gleichzeitig ein „Europäischer Bildungsraum“ geschaffen werden soll.

Dabei ist der strukturell schwierigste Prozess noch gar nicht genannt:

Die Hochschulen stehen auch in einem weitreichenden ökonomischen und gesellschaftlichen Wandel. Dabei entsteht ein Widerspruch, der von Gesellschaft und Hochschule längst nicht gelöst ist.

Einerseits stellen wir fest, dass der Anteil akademisch qualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Bevölkerung zunimmt.

Wir müssen nicht die OECD – Zahlen übernehmen. Wir können in Deutschland immer noch auf ein qualifiziertes duales System der Aus- und Fortbildung hinweisen.

Dennoch muss sich das Hochschulsystem diesen Anforderungen stellen, es muss dafür ausgestattet werden und die Lehrenden benötigen dafür die notwendigen Kompetenzen.

Hochschulen werden damit auch zu „Ausbildungsinstitutionen“ für hoch qualifizierte Beschäftigte.

Die berufliche Qualifizierung wird zu einer ernsthaften Herausforderung für Lehrkräfte und Institution.

Hochschulen müssen sich auf mögliche und sinnvolle Berufsfelder für ihre Absolventinnen und Absolventen verständigen.

Die Studienprogramme müssen danach ausgerichtet sein.

Die soziale Durchlässigkeit muss erhöht werden.

Damit hängt eng zusammen die Frage, welche Konsequenzen sich aus dem demografischen Wandel ergeben.

Bildung und Ausbildung organisieren sich immer stärker entlang der Erwerbs- und Lebensbiografie der Menschen.

Weiterbildung, damit auch wissenschaftliche Weiterbildung, wird für die Beschäftigten immer wichtiger.

Dabei steht die Frage, wer den formalen Zugang zu den Weiterbildungsangeboten hat, wer sie sich bei den hohen Gebühren leisten kann und ob die zuvor erworbenen Kompetenzen anerkannt werden.

Die meisten im Raum kennen den sog. Bildungstrichter.

Die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks kommt für 2007 zu folgendem Ergebnis:

Von 100 Kindern aus sog. Akademikerfamilien (in denen mindestens ein Elternteil studiert hat) gehen 71 Kinder an die Hochschule.

Von 100 Kindern aus sog. Nicht - Akademikerfamilien sind dies 24.

Der Zugang zur Hochschule ist von ausgesprochen großer sozialer Selektivität und Ungerechtigkeit.

Wenn auch eingeräumt werden muss, dass die massivste Ausgrenzung im Schulsystem stattfindet – und damit hier der wirkungsvollste Ansatz zur Beseitigung liegt, sollen doch im Hochschulzugang nicht weitere Hürden errichtet werden.

Die Hochschulen benötigen mehr soziale Durchlässigkeit. Dafür müssen aber auch – ich erinnere an die „KMK – Richtlinie zum Hochschulzugang Berufserfahrener“ – Zugänge für Menschen ohne Abitur nicht nur formal geschaffen, sondern auch in praktische Umsetzung münden.

Dafür gibt es hier in Bochum interessante Ansätze, über die wir im Rahmen dieser Tagung noch sprechen werden.

Noch eine Zahl: 65 Prozent der Studierenden geben an, neben ihrem Studium jobben zu müssen. Schaut man auf die soziale Schichtung ergibt sich folgendes Bild.

Die monatlichen Einnahmen von Studierenden mit „niedriger sozialer Herkunft“ verteilen sich zu jeweils ca. 30 Prozent auf Elternhaus, Bafög und Job.

Bei Studierenden mit „Hoher sozialer Herkunft“ ist die Verteilung wie folgt: 63 Prozent der Mittel stammen von den Eltern, nur 6 Prozent sind Bafög-Mittel, 21 Prozent jobben.

Fragt man nach dem Motiv des studentischen Jobbens, so erkennt man, dass der Job bei Studierenden aus „niedrigen“ sozialen Schichten notwendig ist, um Lebensnotwendiges erwerben zu können.

Studierende aus wohlhabenden Familien leisten sich damit einen zusätzlichen Urlaub, ein Auto oder eine größere Wohnung.

An diesen Zahlen zeigt sich, wie wichtig eine ausreichende Studienfinanzierung ist.

Und es zeigt sich, wie fatal Studiengebühren in die Haushalte der Studierenden eingreifen und wie notwendig es ist, die Lehre an den beschriebenen Rahmenbedingungen auszurichten.

Nimmt man diese kurze Problemskizze als Ausgangspunkt für gemeinsame Überlegungen, dann wird deutlich, dass die gewaltigen Herausforderungen zu sehr grundsätzlichen Fragen führen.

Stellvertretend möchte ich folgende nennen:

- Welche Aufgaben sollen Hochschulen in Forschung und Lehre übernehmen?
- Wie soll das Verhältnis zwischen Hochschule, Gesellschaft und Staat gestaltet werden?
- Wie nah sollen sich Forschung und Lehre an den Anforderungen der Wirtschaft ausrichten?
- Was wollen wir unter „guter Lehre“ verstehen?
- Wie kann die Mitwirkung und Beteiligung der Hochschulangehörigen gesichert werden?
- Welchen Einfluss darf oder muss die Gesellschaft haben?
- Wie können Hochschulen ausreichend finanziert werden?
- Welche Anteile sollen öffentlich finanziert werden, wo wollen wir auch private Finanzierung zulassen.

Der Diskurs über diese Fragen findet ja nicht im herrschaftsfreien Raum statt. Im Gegenteil.

In den letzten Jahren haben wir eine weitgehende „Verbetriebswirtschaftlichung“ unserer Gesellschaft erlebt.

Dieser Prozess ist längst nicht zum Erliegen gekommen, auch wenn die Wirtschafts- und Finanzkrise die Frage der politischen Regulierung wirtschaftlicher Prozesse wieder neu aufgeworfen hat.

Diese Prozesse haben auch vor den Bildungssystemen nicht Halt gemacht.

Und eine Dimension der Auseinandersetzung um die künftige Gestalt des Europäischen Bildungsraums verläuft genau entlang dieser Scheidelinie, ob Bildung dem ökonomischen Zweck unterworfen oder ob sie auch eine eigenständige Funktion in Bezug auf die gesellschaftliche Entwicklung und die Persönlichkeitsentwicklung der Individuen hat.

Die Verfasserinnen und Verfasser des Leitbildes „demokratische und soziale Hochschule“ setzen sich von den Konzepten und Etikettierungen der „unternehmerischen“ oder „deregulierten“ Hochschule, die ohne Zweifel für diesen Prozess der Ökonomisierung stehen, bewusst ab.

Im Vordergrund unserer Vorstellungen steht gerade nicht der ökonomische Wettbewerb zwischen Institutionen und Personen, sondern das gemeinsame Ringen um wissenschaftlichen Ertrag zugunsten von Gesellschaft, Wirtschaft und Natur.

Im Zentrum unserer Überlegungen stehen die soziale Verpflichtung von Hochschulen sowie die Teilhabe der Hochschulangehörigen.

Eine Hochschule in gesellschaftlicher Verantwortung funktioniert nicht wie ein auf Gewinn ausgerichtetes Privatunternehmen. Die Hochschule braucht eigene Regeln; sie handelt nach eigenen Arbeits- und Organisationsprozessen.

Effizientes Management – wer wollte dagegen sein?
Aber: Wir verbinden es mit Partizipation und Teilhabe.

In unserem Leitbild einer demokratischen und sozialen Hochschule gehen wir vom Wertekanon der Gewerkschaften aus.

Gewerkschaften lassen sich leiten von gesellschaftlicher Verantwortung der Wissenschaft, von sozialer Gerechtigkeit beim Zugang zu Bildung, und von Mitbestimmung und Demokratie in den Hochschulen.

Wir lassen uns also leiten von einem Bildungsverständnis, in dem Chancengleichheit, soziale Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung einen hohen Stellenwert genießen.

Aus diesem Grundverständnis leiten wir eine Reihe von Positionen ab, die auch unter veränderten Rahmenbedingungen ihre Gültigkeit besitzen.

Eine davon ist die konsequente Ablehnung von Studiengebühren.

Eine andere, dass wir eintreten für ein Hochschulsystem in staatlicher Verantwortung.

Das Leitbild „Demokratische und soziale Hochschule“ umfasst eine ganze Reihe von Aussagen.

Wir haben sie in 13 Thesen oder Kapiteln gebündelt.

Folgende Aussagen möchte ich herausheben:

Die **demokratische** Hochschule

- Trägt Verantwortung für die demokratische und soziale Entwicklung der Gesellschaft
- Ist offen für gesellschaftliche Interessen und schafft Transparenz über ihre Kooperationen
- Sie braucht Autonomie als individuelles Freiheits- und Teilhaberecht für jeden Wissenschaftler und daraus erst abgeleitet für die Institution
- Sie gewährleistet Mitbestimmung und Partizipation für alle Hochschulangehörigen.

Die **soziale** Hochschule

- Steht für einen offenen Hochschulzugang ohne soziale Selektion
- Steht für einen offenen Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte
- Baut soziale Benachteiligung im Hochschulstudium ab
- Steht für eine bedarfsdeckende Studienfinanzierung ohne soziale Diskriminierung
- Beseitigt die Benachteiligung von Frauen in Forschung und Lehre.

Einige Gedanken zur Vertiefung:

1. das im Leitbild entwickelte Verständnis von Autonomie

Unseres Erachtens ist es gelungen, den zunehmend durch ökonomische Kennziffern bestimmten Wettbewerb zwischen Hochschulen und Wissenschaftlern zu hinterfragen und ihm ein Verständnis von

einer Autonomie von Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung entgegen zu stellen, das sowohl für die Institutionen als auch für die Personen gelten soll.

Das Leitbild bekennt sich zu einer kritisch-reflexiven und pluralen Wissenschaft, die ihre Autonomie aus ihrem Bezug zur Gesellschaft definieren muss.

Der „gesellschaftliche Kern der Wissenschaftsfreiheit“ -Zitat - „liegt in ihrem Beitrag zu einer humanen, toleranten und vernunftgeleiteten, zu einer sozial gerechten, friedlichen und demokratischen Welt“.

Diesem Verständnis von **Wissenschaftsfreiheit** folgt:

- Autonomie muss staatlich gesichert werden. Der Rückzug des Staates zugunsten anderer Steuerungsinstrumente muss durchdacht und das Verhältnis zwischen Hochschule, Gesellschaft und Staat muss neu geordnet werden.
- Wer Wissenschaft für eine demokratische Gesellschaft fordert, spricht sich auch für die Bedeutung der Demokratie in der Hochschule aus. Effizientes Management darf Teilhabe und Mitbestimmung nicht aushöhlen.
- Wissenschaft in sozialer Verantwortung kann nur in einer Hochschule gelingen, die sich sozial öffnet, die in Forschung und Lehre ein Spiegelbild der gesamten Gesellschaft ist und sich nicht den Interessen weniger sozialer Gruppen verpflichtet sieht.

2. Die Gestaltung des differenzierten Tertiären Bereichs, entlang der Kriterien „Durchlässigkeit“ und „Gleichwertigkeit.“

Der Tertiäre Bereich umfasst nach der OECD-Definition den gesamten Hochschulbereich:

öffentliche und private Hochschulen, Universitäten und Fachhochschulen bis hin zu den Berufsakademien.

Wir erleben gegenwärtig eine Erweiterung hin zu öffentlichen und privaten Weiterbildungsanbietern, Forschungseinrichtungen und Betrieben, die vielfältig mit Hochschulen kooperieren.

Wer diesen vielfältigen Tertiären Bereich will, muss Regeln finden, nach denen er geordnet wird.

Das Leitbild sagt dazu:

„Sinnvoll ist ein in sich differenzierter Tertiärer Bereich, der sowohl den unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen und Erwartungen der Studierenden, als auch den sich ändernden Anforderungen des Arbeitsmarktes nach hoch qualifizierten Beschäftigten gerecht werden kann:

Eher praxis- oder theoriebezogen, eher regional oder international orientierte, kürzere oder längere Studienangebote sollen in ihm gleichberechtigt auch unter dem Dach **einer** Hochschule in einem System der Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit angeboten werden.“

3. Unsere Vorstellungen zur sozialen Öffnung der Hochschulen und zur Etablierung neuer Bildungswege,

Die soziale Öffnung der Hochschulen ist erforderlich, um soziale Chancengleichheit zu gewährleisten und um den zukünftigen Bedarf an hoch qualifizierten Fachkräften zu sichern.

Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Hochschulen wählen Studierende oft nach Parametern aus, die Jugendliche aus einkommensschwachen Familien, Jugendliche mit Migrationshintergrund oder Studierwillige mit beruflichem Hintergrund eher ausgrenzen als zum Studium ermutigen.

Statt dessen könnten Hochschulen aufbauend auf den sozialen und individuellen Lebenssituationen dieser Studierenden

- Offene und flexible Bildungsangebote und
- Gezielte Betreuungs-, Beratungs- und Partizipationsangebote schaffen.

Unser Leitbild spricht sich auf der Basis britischer Vorbilder für ein „Social Mainstreaming and Monitoring“ aus.

Dies ist ein Instrument, mit dem - auf Deutschland übertragen - die soziale Zusammensetzung der Studierendenschaft überprüft und als verbindliches Kriterium in Studienganggestaltung, in Akkreditierung und Evaluation eingehen könnte.

Das Leitbild spricht sich auch für eine „wirksame und Bedarf deckende Studienfinanzierung“ und für eine Weiterentwicklung des BAföG aus. Ziel ist die schrittweise Realisierung einer „Bedarf deckenden Förderung für die Studierenden“; der Darlehensanteil ist zu Gunsten eines nicht rückzahlungspflichtigen Zuschusses zurückzuführen.

Damit setzen wir uns bewusst von einer Politik ab, die zu Lasten der Studienförderung ausschließlich leistungsbezogene Stipendien vergeben will.

Die Alternative kann in der Förderpolitik der Hans-Böckler-Stiftung beispielhaft gesehen werden. Mit der „Böckler-Aktion-Bildung“ nimmt sie bewusst junge Menschen aus prekären Lebensverhältnissen in die Förderung auf und ermutigt sie zum Studium.

Das Leitbild setzt sich für den Ausbau dualer Studiengänge ein, ebenso wie für die Verbesserung eines nachholenden Bildungsaufstiegs für beruflich Qualifizierte.

Die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung muss erhöht werden.

Diese Maßnahmen sollen nach unserer Vorstellung systematisch in einem „Dritten Bildungsweg“ zusammengeführt werden.

4. Unser Vorschlag, das Studium als wissenschaftliche Berufsausbildung zu konzipieren.

Der überwiegende Teil der Studierenden strebt mit dem Studienabschluss eine fundierte wissenschaftliche Berufsausbildung und eine sichere Beschäftigungsperspektive außerhalb der Hochschulen an.

Darauf bereiten die Hochschulen bisher zu wenig vor. Neben der Kritik an der mangelnden Studierbarkeit der Studiengänge wird vor allem die unzureichende Qualifizierung auf berufliche Ziele genannt.

„Wissenschaftliche Berufsausbildung“ in unserem Verständnis meint mehr als Beschäftigungsfähigkeit und ist bei weitem nicht nur auf den unmittelbaren Nutzen im Betrieb oder Unternehmen ausgerichtet.

„Das Studium dient der beruflichen Qualifizierung und der Persönlichkeitsbildung“ - Zitat Leitbild - beides steht für uns nicht im Widerspruch, weil Berufsbildung immer auch emanzipatorische Bildungsanteile haben muss.

Ein gutes Studium ist daran zu bewerten,

- ob es (Zitat) „die Studierenden in ihrem Lernen bestmöglich unterstützt und
- ob das selbst organisierte Lernen sowie die Eigeninitiative und die Eigenverantwortung der Studierenden gefördert werden“.

Zu unserem Verständnis einer guten wissenschaftlichen Berufsausbildung gehört,

- dass das Studium „in wissenschaftliches Arbeiten und Denken“ einführt und
- dass „die Entwicklung der Studierenden zu kritischen und mündigen Bürgerinnen und Bürgern“ unterstützt wird.

Wir sprechen uns im Leitbild auch zu Fragen der *wissenschaftlichen Weiterbildung* aus, zum Thema *Hochschulmanagement*, zum *Arbeitsplatz Hochschule* und nicht zuletzt auch zu unseren Vorstellungen zur **Finanzierung**.

Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung,
Hochschule, die für die demokratische und soziale Entwicklung einen Beitrag leisten soll,
dies alles wird es nicht geben, ohne dass die Finanzierung der staatlichen Hochschulen gesichert ist.

Vor mehr als zwei Jahren haben Hans-Böckler-Stiftung und Gewerkschaften diesen Prozess begonnen.

Es wurden Tagungen und Workshops durchgeführt, die sich mit den Ergebnissen fundierter Expertisen auseinander gesetzt haben.
Bisher wurden 14 Expertisen zu unterschiedlichen Themen hochschulpolitischer Relevanz erarbeitet, meist in Tandems von erfahrenen älteren zusammen mit jüngeren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.
Diese Expertisen stehen im Netz (www.boeckler.de) und sie werden bald auch als Buch veröffentlicht sein.

In 10 Sitzungen der Projektgruppe wurden jeweils die Ergebnisse ausgewertet und das Leitbild fortentwickelt.

Auf einer großen Tagung, dem Dritten Hochschulpolitischen Forum der Hans-Böckler-Stiftung wurde dieses Leitbild zu Beginn dieses Jahres in Berlin einer größeren Öffentlichkeit vorgestellt.

Jetzt sind wir in einer Phase der Verbreiterung, der Information, Diskussion und Präzisierung des Leitbildes.

An verschiedenen Orten haben schon regionale Tagungen zum Leitbild stattgefunden, u.a. in Hannover, in Frankfurt/M, in Kassel, in Nürnberg.

Andere Veranstaltungen sind in Planung.

Zu weiteren wird aufgefordert.

Dazu wird es Ende Januar in Berlin unter Federführung der Hans-Böckler-Stiftung einen Multiplikatoren-Workshop geben,

der die Kolleginnen und Kollegen in den Bezirken und an Hochschulen, Vertrauensdozenten/innen und Stipendiaten/innen und interessierte Mitstreiter/innen bei der Planung von eigenen Veranstaltungen unterstützen soll.

Zudem soll es für Bezirke und Gewerkschaften und andere Mitstreiter/innen ein Info-Paket geben, um eigenständig Veranstaltungen planen und durchführen zu können.

Geplant ist auch ein sog. Projekte-Workshop, der für Kolleginnen und Kollegen gedacht ist, die im Rahmen der thematischen Bandbreite des Leitbildes konkrete Veränderungsprozesse an den Hochschulen planen.

Ab November soll über die Medien der Gewerkschaften über den Leitbild-Prozess informiert werden.

Es wird einen Newsletter und eine Internetseite zum Leitbildprozess geben.

Auf dem Hochschulpolitischen Forum der Hans-Böckler-Stiftung in Berlin wurde zudem deutlich, dass es zu einzelnen Themen noch vertiefenden Diskussionsbedarf gibt.

Dies betrifft vor allem das

- Konzept des Dritten Bildungswegs,
- die geschlechtergerechte Hochschule
- sowie die Zukunft der Qualitätssicherung an Hochschulen (Evaluation / Akkreditierung).

Diese Expertisen werden in diesen Tagen auf den Weg gebracht. Sie werden im Frühjahr auf einem Workshop diskutiert, veröffentlicht und fließen in die weitere Arbeit ein.

Dieser bis Ende 2011 angelegte Prozess soll vor allem folgende zwei Ziele haben:

- **Vom Leitbild in die Praxis:**

Das Leitbild soll als gewerkschaftliche Perspektive in den hochschulpolitischen Diskurs eingeführt werden. Deshalb soll es an den Hochschulen mit sämtlichen hochschulpolitischen Akteuren (Studierenden, Personalräte/Beschäftigte und Hochschulleitungen) diskutiert werden.

Ziel ist es, dass durchaus verschiedene Aspekte des Leitbilds in den Hochschul-Alltag übernommen werden.

- **Vom Leitbild zum Hochschulpolitischen Programm:**

Natürlich soll das Leitbild auch im DGB und den Mitgliedgewerkschaften diskutiert werden.

Auf seiner Grundlage soll ein Hochschulpolitisches Programm des DGB entwickelt werden.

Dieses Programm soll im Dezember 2011 im DGB-Bundesvorstand beschlossen werden.

Die Erarbeitung des Leitbildes ist bewusst auf viele Schultern gelegt worden.

Eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen hat bisher mitgearbeitet und ist auch für die Zukunft dazu eingeladen.

- aus dem Kreis der Wissenschaft,
- Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten der Hans-Böckler-Stiftung,
- Stipendiatinnen und Stipendiaten der Stiftung,
- Vertreterinnen und Vertreter des DGB, aus der GEW, von ver.di, aus den Industriegewerkschaften IG BCE und IG Metall
- Expertinnen und Experten in vielen Workshops und Arbeitsgruppen
- Wissenschaftlerinnen und Studierende, welche sich mit den Vorstellungen des Leitbildes identifizieren können.

Am Prinzip dieses „Beteiligungsorientierten Arbeitens“ wollen wir auch künftig festhalten.

Am Ende des Leitbildes steht eine schöne Formulierung, die ich sinngemäß verwenden möchte:

Das Leitbild ist ein Vorschlag, der beraten wird und der - soweit dürfen wir das als Verfasser/innen sagen - auch Vertiefungen und Ergänzungen braucht.

Das Leitbild ist eine Einladung, weil wir mit ihm einen breiten Diskurs über die Krise der Hochschulentwicklung und für eine demokratische und soziale Hochschule initiieren möchten.

Das Leitbild ist eine Herausforderung an uns und an die Gesellschaft, weil es Fragen aufwirft, die zum Teil noch nicht ausreichend durchdrungen sind.

Das Leitbild ist eine Chance, weil es uns in den nächsten Monaten eine ausgezeichnete Gelegenheit gibt, diesen Diskurs zu führen und unser Handeln an ihm zu orientieren.

Das Leitbild trifft auf Praxis und erst in diesem Dialog werden wir erkennen, ob es als Richtschnur für gemeinsames politisches Handeln taugt.

Dieser Dialog eine Chance, Mitstreiter/innen zu gewinnen und gemeinsam mit ihnen eine Plattform für die demokratische und soziale Neugestaltung der Hochschulen zu finden.

Dazu erhoffe ich mir von dieser Tagung lebhaftere Diskussionen und Anregungen für die weitere Arbeit.

Vielen Dank fürs Zuhören

Glückauf !